

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Zenerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Budentagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bantverein Arien.

N^o 117

Donnerstag, den 3. Oktober 1929

42. Jahrgang

Reichstagsbeginn. Die Erwerbslosenfürsorgeberatung.

— Berlin, 1. Oktober.

Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Wissell, Haus und Trübner sind stark besetzt. Vizepräsident Eiser eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und abend, während sich das Haus von den Klagen erhebt, der seit der letzten Vertagung des Reichstags verfohlenen Abgeordneten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Abg. Eiser (Komm.)**, die Reform der Arbeitslosenversicherung, die einen neuen Ausweg gegen die Erwerbslosen einleiten sollte, von der Tagesordnung abzulesen.

Seine Fraktion protestiert weiter dagegen, daß heute mehr als 200 Schulpflichtige in und um den Reichstag herum aufmarschieren seien.

(Kauf bei den Kommunisten: Nieder mit Förgelbels Wirtbunden!) Der Redner verlangt die Beratung von Anträgen auf Einführung des Siebenhunderttags und die Besprechung des Young-Planes.

Abg. Graf Westarp (Dnt.) erklärt, seine Freunde befehlen sich vor, die Besprechung der Haager Verhandlungen für Dienstag zu beantragen. Da gegen die Beratung der kommunizistischen Anträge Widerspruch erhoben wird, kann diese nicht erfolgen.

Die allgemeine Ansprache bei der ersten Lesung der beiden Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung „leitet dann

Reichsarbeitsminister Wissell

in, der erklärt, daß Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung amiellos vorgekommen sind, aber sie sind in der Selbstkritik fast aufgehoben worden. Die Arbeitslosenversicherung hat sich als Ganzes bewährt. Die besetzte Vorlage wolle das Mißbräuchertum zwischen Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ausgleichen.

Die Versicherung schulde heute dem Reich 250 Millionen Mark.

Im kommenden Winter werde der Ausgabenbedarf die Einnahmen wesentlich übersteigen. Nach dem Durchschnitt der letzten Jahre sei mit einer Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen zu rechnen. Auf dieser Grundlage ergebe sich bei der Versicherung ein Fehlbetrag von rund 270 Millionen. Der besetzte Entwurf wolle diesen Fehlbetrag durch eine Kombination von Erparnissen und Erhebungen der Einnahmen abdecken (Umlage und Zuzüge bei den Kommunisten).

Auch dann gehen die Leistungen unserer Arbeitslosenversicherung noch um das Maßfache über das hinaus, was in England für die Arbeitslosen geleistet wird. Leber den in der Vorlage vorgeschlagenen Abbau der Leistungen will die Regierung nicht hinausgehen. Jede weitere Kürzung der Unterhaltungen würde die Kaufkraft von Millionen der Bevölkerung schwächen und damit die Gesamtwirtschaft schädigen.

Abg. Grafmann (Soz.)

oies darauf hin, daß das kapitalistische System naturgemäß eine große Arbeitslosenzahl mit sich bringe. Das werde sich ändern unter der von der Sozialdemokratie strebten, von der Selbstkritik kontrollierten Arbeitslosigkeit.

Der außerordentlich harte Winter habe einen Vorkand geschaffen, dessen Folgen nicht der Versicherungsanstalt ausbleiben werden dürfen, sondern für die der Staat einreten muß. Der Abbau der Sozialpolitik würde zu wirtschaftlich-politischen Katastrophen führen mit unübersehbaren Folgen. Durch das Zusammenlegen der Produktion verlieren immer mehr Arbeiter ihre Beschäftigung. Die Wirtschaft ist sehr wohl in der Lage, eine Beitragserhöhung zu tragen ein. Der Redner stimmt der Ausfaltung der Mißbräuche, der besetzten Beitragserhöhung und der Herabsetzung der Saisonarbeiterunterstützung zu, lehnt aber eine allgemeine Verlangung der Beiträge sowie eine besondere Beiträge und Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter ab.

Abg. Dr. Rodemacher (Dnt.)

weist darauf hin, daß die Gehälter der Arbeitslosen fast ausschließlich der städtischen Kürzungsgebeln im letzten Etatsjahr dem deutschen Volke 1650 Millionen gekostet habe. Gegenüber dem fehlenden Mut der Reichsregierung müsse festgestellt werden, daß bei der Arbeitslosenversicherung auch auf Arbeitsvermehrung zahllose Mißbräuche bestehen, die die Arbeitsvermehrung ohne genügenden Grund, Sabotierung überkommener Arbeit usw., vor allem aber der Anreiz, sich Renten auf Kosten der Allgemeinheit zu verschaffen. Der Redner lehnt jede Erhöhung der Beiträge ab. Auch die Vermögenshaftigkeit habe schwere Bedenken gegen die Gesetzgebung. Die Deutsche Volkspartei sei als Befürworter ihrer Außenpolitik neuwachen die Gesetzgebung zu tolerieren. Um 113 Milliarden in 60 Jahren zahlen zu dürfen, made sie bewußt eine falsche Wirtschaftspolitik mit.

Abg. Dr. Verbitski (3.)

gibt für die Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der die erste Vorlage, die die Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung abstellen soll, begrüßt wird. Die Selbstverwaltung in der Versicherung müsse gestärkt werden. Die zweite Vorlage über die besetzten Minderungen ent-

spreche zwar nicht den Vorschlägen des Zentrums, aber das Zentrum sei bereit, auf dieser Grundlage an der Lösung der Reformaufgabe weiter mitzuarbeiten.

Abg. Hibel (Komm.)

wirkt dem Arbeitsminister Wissell vor, er habe trotz seiner Stellung als Führer der freien Gewerkschaften in seiner Eigenschaft als Minister das Material für den reaktionären Vorkauf gegen die Arbeitslosen geliefert.

Der politische Arbeitsplan.

Young-Gesetze frühestens Mitte November.

Die Sitzung, daß die Haager Konferenz schon um den 10. Oktober herum zu ihrer Schlußfassung zusammenzutreten könne, wird sich wahrscheinlich nicht erfüllen. In Paris tagen jetzt die verschiedenen

Organisationskomitees und Vorbereitungsausschüsse für die Inkraftsetzung des Young-Planes. Es gibt dabei noch sehr schwierige Fragen, die einer Lösung harren, zum Beispiel die der internationalen Wank und ihres Einiges, ferner die Aufgabe, das im Londoner Pakt von 1924 mit einigen Beschränkungen noch aufrecht erhaltene Sanktionsystem endgültig abzuschaffen. Da das

Komitee für die internationale Wank noch nicht einmal zusammengetreten, die Schaffung der Pant aber eine wichtige Voraussetzung für das Inkraftsetzen des Young-Planes ist, wird die abschließende Konferenz kaum vor November zusammentreten können. Anfolgendes verzögert sich auch die Einbringung der Inkraftsetzungsunterlagen im Reichstag. Man kann jetzt mit ziemlicher Sicherheit daran rechnen, daß die deutsche Volksvertretung frühestens Mitte November ihre Entscheidung zu treffen haben wird. Damit ist nicht gesagt, daß sie vorher nichts zu tun hätte;

aber man kann von dem Finanzminister nicht gut verlangen, daß er seine Pläne für ein Finanzreform offen ausbreite, bevor er nicht sicher weiß, ob der Youngplan wirklich in Kraft tritt.

Man kann ihm auch nicht zumuten, die Erparnisse, die er von diesem Plan erhofft, in fertigen Gesetzesvorlagen bereits vorwegzunehmen und sich so für die abschließenden Verhandlungen im Haag vorzubereiten die Hände zu binden. Eines allerdings leistet ihm nicht erspart: er muß eine Vorbereitung in Zeit treffen, daß nach der Entscheidung über die Annahme des Young-Planes im Reichstag

ein bindender Kabinettsbeschluss

über die in den finanzpolitischen Folgerungen gefaßt werden kann. Für das ist der Komitet in der Lage, gleichzeitig mit der Zustimmung zu den neuen reparationspolitischen Abmachungen auch die grundsätzliche Billigung seines Finanzprogramms zu verlangen und so die Führung der inneren wirtsch. Politik in der Hand zu behalten. Praktisch hängt der ganze Arbeitsplan davon ab, wie sich in diesen Tagen die Verhältnisse im Reich gestalten. Nur wenn es gelingt, die gefährliche Kippe des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu umfließen, dürfte der Regierung eine Möglichkeit der Finanzreform überhaupt gegeben sein.

Zeitweise gähnende Leere.

Kein Interesse für die Arbeitslosenreform.

— Berlin, 1. Oktober.

Vizepräsident Graf eröffnete die Sitzung um 12 Uhr und gedachte des 50jährigen Jubiläums des Reichsgerichts. (Zuzug bei den Kommunisten: Ein schönes Klassengericht!) Das Reichsgericht ist eine Säule der Reichseinheit und diene der hohen Aufgabe der Idee des wahren Rechts. Auch die deutsche Volksvertretung spreche dem Reichsgericht ihre herzlichsten Glückwünsche aus.

Nach der Tagesordnung stand die zweite Beratung der Vorlagen über die Arbeitslosenversicherungsgesetze.

Abg. Kieser (Str.) berichtete zunächst über die Ausführenden. Da das Haus sich inzwischen fast vollständig geleert hatte — ein Beweis des großen Interesses der Reichsvertreter — wurde von den Kommunisten die Herabsetzung des Reichsarbeitsministers beantragt. Vizepräsident Graf setzte die Signallampare in Bewegung und bemerkte unter Heiterkeit: Warten wir also, bis sich das Vakuum wieder in ein Plenum verwandelt. — Nachdem der Saal fast geleert hatte, wurde der kommunistische Antrag, ebenso ein Verfassungsantrag der Kommunisten, abgelehnt.

Der Ansprache

erklärte **Abg. Jaeger (Soz.)** seine Partei sei bereit, alles zu tun, um Mißbräuche zu beseitigen. **Abg. Schumann (Komm.)** brachte Beschwerden vor gegen die Haltung mancher Beamten in den Arbeitsämtern. **Abg. Eiser (Nat.-Soz.)** betritt, daß die Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen zurückgegangen ist. Bei vielen Bezogen gehe sich, daß die Beitragsenden der Erfüllungspolitik die Arbeiter hindern. Die Sozialdemokraten, die man besser „Kapitaldemokraten“ nennen sollte, seien immer die Zuträger der Finanzgewinn (Värm der Soz.). Das sei die Richtung des verruchten, verblumpten und korrupten neubourgeois Systems. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) **Abg. Frau Arndt (Komm.)** warf dem Vorkredner vor, er wolle die Arbeiterkassen für seine Partei überren-

Abg. Dr. Agena (Dnt.) erklärte, draußen im Lande werde man sein Verständnis dafür haben, daß die Reichstagsmehrheit in der Arbeitslosenfrage so völlig verlor habe. Nur dem Lande fehle es überal an Arbeitskräften. Für den Bauern bedeute die Beitragszahlung eine besondere Härte. Der Redner sprach sich gegen jede ungenügende Staatsarbeit aus. **Abg. Wehrs (Dnt.)** warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten die Lage der Landarbeiter verschlechtert. Das Beitragswesen sei für die Krankentafeln unerschwingbar. **Abg. Ue (Soz.)** machte den Kommunisten und Nationalsozialisten den Vorwurf, daß sie eine gemeinsame Front auch in dieser Frage gegen die Sozialdemokraten bildeten.

Es folgte dann die Beratung des besetzten Gesetzes. **Abg. Graf Westarp (Dnt.)** erhob nunmehr entscheidenden Einspruch gegen das bei der Arbeitslosenversicherung besetzte Verfahren. Der Redner fragte, ob der Finanzminister der Ansicht sei, daß das Defizit von 500 Millionen weiter von der Reichskasse getragen werden solle. **Abg. Gerlach (Soz.)** bejammerte das besetzte Sondergesetz nicht als eine ideale Lösung, aber schäme Folgen werde es nicht haben.

Reichsfinanzminister Dr. Hildebrand wies darauf hin, daß die finanziellen Wirkungen der Vorlage schon früher erläutert worden seien. Die finanziellen Wirkungen von Minderungsanträgen könnten erst berechnet werden, wenn diese angenommen sind.

Abg. Frau Teufel (Str.) wies kommunistische Angriffe gegen die produktive Erwerbslosenfürsorge in Köln zurück.

Abg. Graf Westarp (Dnt.) erklärte, die Antwort des Reichsfinanzministers entspreche weder der Stellung, auf die der Reichstag Anspruch habe, noch den notwendigen Anforderungen an eine sachgemäße Auskunft. Der Redner beantragt Aussetzung der Verhandlungen, bis der Reichsfinanzminister in der Lage sei, Auskunft über die finanziellen Wirkungen der Minderungsanträge zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Som Präsidium werden dann einige Anträge betanugt gegeben, die die Unterfertigten der Weimarer Parteien und der Bayerischen Volksparteien tragen. Einer der Anträge lehnt eine Entstellung der Unterhaltungsätze ab nach der Höhehöhe und der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung.

Von den Deutschnationalen wird Beratung angefordert über ungenügende Sachlage gefordert, der sich das Zentrum anschließt.

Das Haus beschließt um 5.30 Uhr, sich bis 6.30 Uhr zu versetzen.

Ein neuer Kompromißversuch.

Berlin, 2. Oktober. Die Vorzüge der Regierungsparteien des Reichstags, die Arbeitslosenversicherungsgesetzreform einer Sitzung entgegenzuführen, sind während des ganzen Tages fortgesetzt worden. Es haben mehrfach interaktionale Besprechungen unter Beteiligung von Regierungsvertretern stattgefunden, zwischen den Sitzungen der Fraktionen der einzelnen Regierungsparteien. Es gelang schließlich insofern eine Grundlage für ein Kompromiß zu finden, nachdem die Zentrumsfraktion, die am Nachmittag zum dritten Male zusammentrat, sich damit einverstanden erklärte, daß die Lösung der Arbeitslosenversicherungsgesetzreform auf der Grundlage erfolgen soll, daß das Hauptgesetz mit den Sondergesetzen in der Form, wie es vom Sozialpolitischen Ausschuss beschlossen ist, das heißt, es soll der § 1, der die Bestimmungen über die Saisonarbeiter enthält und § 2, der die Bestimmungen über die Vermögenshaftigkeit enthält, in die Hauptvorlage hineingearbeitet werden. Praktisch bedeutet dieses Kompromiß, daß von der einflussreichen Beitragserhöhung Abstand genommen wird. Das Zentrum hat diese Zustimmung zu dem Kompromiß aber nur unter dem Vorbehalt gegeben, daß die Deutsche Volkspartei ebenfalls wie alle übrigen Regierungsparteien diesem Vorhange zustimmt und von der Stellung weiterer Minderungsanträge absteht. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist bisher noch nicht bekannt.

Pläne für die Finanzreform.

Senkung der Einkommen- und Realsteuer. — Erhöhung der indirekten Steuern.

— Berlin, 2. Oktober.

Aus den im Reichsfinanzministerium zur Ermüdung stehenden Reformplänen wird der unbedingt notwendigen Verbesserung des Reichsfinanzwesens haben sich nunmehr folgende Grundgedanken ab:

In erster Linie soll die Einkommensteuer ermäßigt werden, und zwar nach oben und nach unten. Der Höchstfuß der Besteuerung soll erst bei einem weltlich höheren Einkommen beginnen, als es gegenwärtig der Fall ist. Die kleinen Einkommen sollen in der Weise begünstigt werden, daß für Hausbesitzer ein Einkommen bis zu 1800 Mark steuerfrei bleibt. Auch die Frauen- und Kinderzuschläge werden nach neuen Sätzen berechnet, so daß ein Familieneinkommen mit zwei Kindern ein steuerfreies Einkommen von 3000 Mark besitzt. Durch diese Ermäßigungen wird das Gesamteinkommen der Einkommensteuer etwa um ein Drittel verringert werden.

Ferner sollen die Realkleinen bei Gärten und Gemeinden geerntet werden. Um diese Ausfälle auszugleichen, sollen die indirekten Steuern erhöht werden, und zwar in erster Linie Tabak und Alkohol. Beim Alkohol soll eine Erhöhung der Besteuer 30 Millionen Mark aufbringen. Alle diese Pläne haben jedoch einflussreiche Gegner.

Bekanntgabe des Volksbegehrens.

Eintragungsfrist vom 16. bis 29. Oktober.

Berlin, 2. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt:
Am 1. Oktober 1929 wird eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. September 1929 veröffentlicht, in der das Volksbegehren für das deutsche Volksbegehren beantragte Volksbegehren bekanntgegeben und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 16. bis 29. Oktober 1929 festgesetzt wird.

Der Reichspräsident hat hierdurch den Vorschriften des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 entprochen, ohne durch die Veröffentlichung zu dem Inhalt des beantragten Gesetzentwurfes irgendwelche Stellung zu nehmen.

Zubelfeier in Leipzig.

50 Jahre Reichsgericht.

Leipzig, 2. Oktober.

Die 50jährige Jubelfeier des Reichsgerichts wurde durch einen Festakt eingeleitet. Die große Halle des Reichsgerichts stand in festlichem Schmuck. An den Galerien waren, von Tannengrün umrahmt, die Wappen der deutschen Länder angebracht. Die Mitglieder des Reichsgerichts waren in ihren Amtstrüben erschienen ebenso die Dekane der Universitäten Leipzig. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. den früheren Reichsjustizminister Emminger, den Staatsminister Dr. Günter, den Justizminister Dr. Mansfeld, den Staatsminister v. Billow, die früheren Reichsjustizminister Dr. Rothberg und Koch-Weser, den Staatssekretär Dr. Joel, den Reichsminister a. D. Dr. Grabow, die früheren Präsidenten des Reichsgerichts in Wien, Dr. Dinghofer, den Obersten Gerichtshof in Wien, Dr. Dinghofer.

Nach einer vom Generalstaatsanwalt vorgezogenen Sitzungsszene vollzog sich die Einleitung festlich. Reichsjustizminister Dr. von Götter sprach das Redewort. Er übertrug die Größe und Würde des Reichsgerichts, der Reichsregierung und des Reichstages. Er verlas dann einen Erlass des Reichspräsidenten, in dem es heißt:

„Am dem Tage, an dem das Reichsgericht auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblickt, gebe ich ihm mit dem Gefühl des Dankes und der Anerkennung alles dessen, was es für das Vaterland geleistet hat. Das deutsche Recht in seiner Einheit zu wahren und lebendig fortzuentwickeln, ist die hohe Aufgabe des obersten Gerichtshofes.“

Die Wünsche, die ich am heutigen Tage dem Reichsgericht darstelle, sind getragen von der Sorge um die Zukunft unseres Volkes. In der Festigung des Staatsgedankens und des Geistes einer wachen Volksgemeinschaft mitzuarbeiten, ist die Hauptaufgabe des höchsten Gerichtshofes im besonderen Maße berufen. Es fällt die große Aufgabe zu, den Glauben an das Recht und das Gefühl innerer Verbundenheit mit der staatlichen Rechtsordnung in unserem Volke neu zu beleben und auch zu erhalten. Möge es dem Reichsgericht beschieden sein, diese Mission zu erfüllen zum Wohle unseres Vaterlandes.“

Im Namen des Jubilars antwortete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke. Darauf ergriß Prof. Dr. Kohl,

der Mentor der deutschen Juristen, als Vorkämpfer der Rechtsanschauung und zugleich im Namen und Auftrag des deutschen Volkstages das Wort. Wie kein anderer war er berufen, aus persönlichem Lebensgefühl heraus den Weg zum obersten deutschen Gerichtshofes von 1879 bis zum heutigen Tage ins Gedächtnis zu rufen und dessen Bedeutung für das Reich und das Volk im Dienste der Rechtspflege und Rechtsfindung zu kennzeichnen. Für die lässliche Landesjustizverwaltung und die lässliche Staatsregierung sprach.

Ministerpräsident Dr. Brünger. Für die juristisch, fakultät Leipzig, für die juristischen Fakultäten der übrigen Universitäten Deutschlands und für die Universität Leipzig sprach schließlich dann

Gen. Prof. Dr. Richard Schmidt-Leipzig den Jubilar. Zum Schluss sprach als Vertreter der Stadt Leipzig, die das oberste deutsche Gericht jetzt nunmehr 50 Jahre in ihren Mauern beherbergt, Oberbürgermeister Dr. Köthe.

Eine nicht friedenfreundliche Auslegung.

Frankreich und die dritte Zone.

Paris, 2. Oktober.

Der französische Kolonialminister Maginot hat im Rhone-Departement eine sehr bedeutsame Rede gehalten. Im einzelnen führte Maginot etwa aus: Gegen die Räumung der zweiten Zone habe kein ernsthafter militärischer oder politischer Gedankensatz vorgebracht. Im Gegenteil, es sei für Frankreich vorteilhaft, die Räumung bereits im Herbst vorzunehmen, da im tiefen Winter die Truppen unter ihr leiden würden.

Was aber die Räumung der dritten Zone anlangt, so sei es selbstverständlich, daß ein Teil der französischen öffentlichen Meinung ihr nur widerwillig zustimme. Auch er selbst habe die Auffassung vertreten, die Rheinländerung müsse bis zu dem Zeitpunkt verschoben werden, an dem

die neue französische Offiziersbesatzung beauftragt sein werde. Doch keine militärische Gesichtspunkte nicht allein maßgebend. Frankreich habe im Haag bedeutsame Anzeichen zu verzeichnen gehabt. Nachdem es die Schulden abkommen ratifiziert hätte, habe es mit seinen Alliierten und Deutschland zu einer Einigung gelangen müssen. Frankreich habe seine Schulden begleichen und die für die gestörten Gebiete vorgezeichneten Summen wieder einbringen wollen.

Die Zukunft Frankreichs auf lange Jahre hinge von der Lösung dieser Frage ab.

„Ich“, so sagte Maginot, „ebenso wie meine anderen Ministerkollegen können jedoch unsere Zustimmung zu der vorliegenden Räumung der dritten Zone geben. Ich habe sie ebenso wie viele von gewissen Bedingungen abhängig gemacht.“ Deutschland habe danach gefragt, das belegte Gebiet so schnell als möglich zu befreien und sich Frankreich hiermit einen Teil in die Hand

gegeben. Der sei dazu verwandt worden, die Räumung der letzten Zone gewissen Bedingungen unterworfen und habe es ermöglicht, im Schutze der Regierung den Haager Abmachungen auszuführen.

In ihrem Schreiben vom 30. August hätten die Alliierten Dr. Stresemann mitgeteilt, daß die Räumung der dritten Zone sofort nach der Ratifizierung durch das deutsche und französische Parlament und nach dem Inkrafttreten des Youngplans beginnen werde. Wenn diese Worte überhaupt einen Ernst hätten, die Ingehaltlichkeit ist auf jeden Fall der Youngplan angenommen und mit seiner Erfüllung begonnen werden müßte, bevor der Abzug der Truppen einsetze. Unter allen Umständen werde die französische Regierung die Abmachung in diesem Sinne auslegen. In der Deutschland gegebenen Zusage, die Räumung innerhalb von acht Monaten vorzunehmen und bis Ende Juni 1930 zu beenden, dürfe man nur eine bedingte Zusage erblicken, um Deutschland anzujagen, so schnell als möglich mit der Ausführung des Youngplans zu beginnen. Wenn daher Deutschland die ihm gestellten Bedingungen nicht erfülle, werde die Räumung der dritten Zone nicht beginnen. Die französischen Soldaten würden dann als Sicherheit für die im Haag gefassten Beschlüsse im Rheinland verbleiben.

Diese Auslegung des französischen Ministers entspricht natürlich durchaus nicht dem Sinne, wie wir Deutsche die Verhandlungen über die Rheinländerung nach dem Haager Vertragstext auffassen. Es ist Sache der Reichsregierung — und in erster Linie des Außenministeriums — die Interpretation des Textes in Verbindung mit dem Quai d'Orsay so zu gestalten, daß ein Drehen und Wenden nicht mehr möglich sein wird. Insofern ist es auf jeden Fall die Zustimmung, daß die Anwesenheit der französischen Truppen eine Sanktionsmaßnahme darstellen soll, um die Durchführung der Haager Beschlüsse zu erzwingen.

Vom amerikanischen Rüstungsstand.

Shearers Auslage vor dem Untersuchungsausschuss.

Newport, 2. Oktober.

Der Untersuchungsausschuss des Senats vernahm Shearers über seine Beziehungen zu den großen amerikanischen Schiffswerften. Shearer gab an, mit dem Auftrag der Werksleitungen zu den Abklärungsverhandlungen nach Genf gegangen zu sein, auf eine Frottellei zwischen den Vereinigten Staaten und England hinzuwirken.

Im Falle des Mißlingens dieses Versuches sollte er alles unternehmen, um die Tagung zum Scheitern zu bringen. Heber seine Genfer Tätigkeit habe er den Firmen ausföhrlich Bericht erstattet. Unwahrscheinlich sei, daß er jemals das Mißlingen der Abklärungsverhandlungen auf seine Tätigkeit zurückgeführt hätte. Er lehne jede Verantwortung für das Scheitern der damaligen Tagung ab. Konteradmiral Reeves, der als amerikanischer Sachverständiger an der Genfer Tagung teilnahm, bestritt bei seiner Vernehmung entschieden, jemals die Hoffnung auf ein Festliegen der Tagung ausgedrückt zu haben.

Aus dem In- und Auslande.

Unterstützung der Hindenburgspende.

Berlin, 2. Oktober. Anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten schickte die Hindenburgspende wieder an etwa 2200 bedürftige Kriegsgeldlose, Kriegerhinterbliebene und Veteranen 425 000 Mark aus. Aus der Stiftung Hindenburgspende, die der Reichspräsident aus den ihm zu einem 80. Geburtstag dargebotenen Mitteln errichtete, konnten unter anderem bisher insgesamt 2 300 000 Mark in notleidende Kriegsgeldlose überweisen werden.

Kritik des süßwässrigen Kabinetts?

Salazar, 2. Oktober. „Luzit“ bringt die Nachricht aus Lissabon, daß das Kabinett Fitzinger auf Wunsch des Könige Magalhães in Lissabon zu zerfallen werde, um einer Regierung sämtlicher politischen Parteien Platz zu machen. — Das bedeutete aber die Rückkehr von der Diktatur zum parlamentarischen System, vorausgesetzt, daß die Wiedlung auf Wahrscheinlichkeit beruhet.

Tanaka Hadjogiri über die Ziele der Sejmata.

Taflo, 2. Oktober. Zum Hadjogiri Tanaka als Parteiführer der Konservativen Partei, der Sejmata, wurde der frühere Innenminister Inuiel gewählt, der nach seiner Wahl eine Rede über die Stellung der Partei zur heutigen japanischen Regierung hielt. Inuiel erklärte, daß die Partei Sejmata nicht daran denke, irgendwelche Kompromisse mit der jetzigen japanischen Regierung abzuschließen. Des weiteren erklärte Inuiel, daß die Partei die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Japan beabsichtigen werde.

Ultimatum an die chinesischen Aufständischen.

Peking, 2. Oktober. Marischall Tschingtaichai gab in einer Rede vor der chinesischen Militärabteilung bekannt, daß die chinesische Regierung dem General Fongfangtai ein Ultimatum gestellt habe, innerhalb 72 Stunden seinen Kampf gegen die chinesische Regierung aufzugeben und die Waffen den Hanjinger Truppen auszuliefern.

Wieder ein Mord in Jerusalem.

Jerusalem, 2. Oktober. Die Erregung in Palästina hat sich noch nicht gelegt. So ist in Jerusalem wieder ein Jude in seinem Hause ermordet worden. Da auch in der weiteren Umgebung Zwischenfälle befeuert werden, bereitet der britische Oberkommissar einen Erlass vor, demzufolge bei Einzelmorden und Verbrechen die Nachbarschaft bestraft werden kann. Der Grog-Mord begibt sich in diesen Tagen auf eine Propagandareise nach Mesopotamien und in das Irakgebiet.

Kleine politische Notizen.

Einkerbung des Auswärtigen Ausschusses vom 2. Oktober. Der Auswärtige Ausschuss ist zu einer Sitzung für Freitag, den 4. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Bericht und Ausprache über die Verhandlungen im Haag.

Die fünfjährige Arbeitswoche im Krem. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, in sämtlichen Abteilungen und in allen Büros des Rates am 1. Oktober zur ununterbrochenen fünfjährigen Arbeitswoche überzugehen.

Oberbürgermeister Wöh bei Präsident Hoover. Präsident Hoover empfing den Berliner Oberbürgermeister Wöh, der nach einwöchigen Aufenthalt in Washington nach Detroit zu einem Besuch bei Ford abgefahren ist.

Hindenburg an seinem Geburtstage nicht in Berlin. Von Zeitungskreisen aus Anlaß des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg am Mittwoch ist bekannt geworden worden, daß sich der Reichspräsident an seinem Geburtstage am dem Lande befindet.

Aus der Umgegend

Werra, 3. Oktober.

Letzte Gaben des Herbstes.

Das Füllhorn des Sommers hat uns geliegt. Unter Gemüt ist ruhiger geworden. Die Felder sind leer, und einzelne Bienen klingen den heranabnehmenden Winter an. Die Anzeichen machen uns vielmehr geeignet, jede einzelne Schönheit unserer Umgebung noch auszufüllen, bevor der Winter sein Leidensnetz darüber breitet. Immer wieder schauen wir uns die letzten Rosen und Astern an, um gleichsam festzuhalten, was uns noch geliebt hat.

Aufmerksamer betrachten wir jede einzelne Veränderung. Jede Färbung interessiert uns, und wir jagen dieses und jenes nach ein Weisigen zu erhalten. Herbstanemonen und einige Begonien, Astern, Geranien, verspätete Rosen und Weiden gelassen uns auch wohl noch, ein Sträußchen zumal anzubringen. Später müssen schon Beeren mitgehen, wenn ein Kranz geflochten werden soll, und endlich sind es nur noch die bunten Blätter der Bäume und Sträucher, welche unsere Aufmerksamkeit erregen neben dem gleichmäßig dunkelgrün unserer Rosenblätter.

Seber Baum und jeder Strauch fröhlich im Laub im Herbst anders, und das jede Färbung nach Klima und Bodenart, Licht und Schatten sehr verschieden ist bei denselben Pflanzenarten, versteht sich eigentlich von selbst.

Der zunächst prangt der die Laube unarrantete wilde Wein mit seinem praktischen Rot und seinen dunkel-schwarzen Beeren. In einiger Entfernung stehen Kermisfarbene, Berberis, Schneebühl, Zedler, Agurter, Spiräen u. a. zwar bunt nebeneinander, aber doch schon geordnet nach den herbstlichen Farbentönen. Rot bis karmin, rötlich bis braun, dunkelrot, rot bis purpur, fahlgelblich bis schmutzrot, es ist in all diesen auf kleine Ausnahme, da sie oft, wenn nicht frühe Früchte sind, schon violett bis zum tiefsten Pflanzenblau leuchten.

Der Herbst ein Maler! Mit Entzünden, aber auch mit wohlmütigen Gedanken liegt da vielleicht in deiner Laube oder leicht am Fenster und laßt dich nicht wegwenden von den verschiedenen Farben, welche die Herbstblätter der Natur dir gleichsam noch zum Abschied zeigt. Es ist das letzte Aufblühen der über Jahr liegenden Natur vor ihrem Gefüllwerden in das Leidensnetz des rauhen, todringenden Winters, den man Winter nennt.

Die Landwirte haben jetzt noch einmal einen kräftigen Anstoß von Feldarbeiten, denn die Winterernte beginnt, obwohl die Arbeiten in der Kartoffelernte bei weitem noch nicht beendet sind. Als eine wertvolle Erleichterung der schweren Erntearbeit wird es empfunden, daß leichter Regen bei der lange Trockenheit feinst hart gezeigten Erdboden einermassen erweist und so das daraus resultierende Verarbeiten ermöglicht hat. Das Inangensinne, das ein stärkeres Anhalten des Schnees der Regen mit sich bringt, tauscht der Landwirt durch die ihm durch den Witterungswechsel gemordene Erleichterung gern ein. Die Winterernte dürfte quantitativ den Vorjahren nachsehen, eine bessere Polarisation aber wird einen guten Anlaß schaffen.

Hohe Ackerpreise. Das trotz der allseits anerkannten schätzenswerten Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft unter Anderem noch recht hoch zu neuzende Preise frucht, dafür gibt es doch noch ein 26. September in Vottenberg stattgehabten Landtaumessen einen Beweis. Es handelt sich um den Fuhrmann Friedrich Trautmannschen Erben gehörige Grundstücke. Die einzelnen Pläne erbrachten: Größe 51 a 400 M., für 88 a und 45 qm 1350 M., für 14 a und 50 qm 400 M., für 25 a und 20 qm 960 M., für 10 a und 50 qm 600 M., für 9 a und 70 qm 300 M., für 46 a und 70 qm 500 M. und für 75 Quadratruten 660 M. Zusammen sind die verpachteten Ackerstücke nicht ganz 8 preuß. Morgen, sie erbrachten 5110 M. Wenn die Erben nun den erzielten Erlös zum Zinsfuß von 10% zinsbar anlegen, dann haben sie jährlich einen sicheren Ertrag von 500 M., wenn sie den Acker weiter bearbeiten würden, hätten sie Mühe und Arbeit von fünf bis zehn abends, die Vergütung für diese Mühen aber wäre höher nicht so hoch.

Angenblyge. Das nächste Treffen der Verbandleiter und Jugendleiter des Regierungsbezirks ist auf verbleibende Vierteljahr und mit Rücksicht auf die zu erwartenden künftigen Witterungsbedingungen auf den 12. und 13. Oktober d. J. im Water Comptinghaus bei Naumburg gelegt worden. Die Tagung soll gleichfalls im Zeichen einer Arbeitsgemeinschaft stehen. Das 14. Angenblyge im Rahmen der Jugendbewegung hat gezeigt, wie wichtig und wertvoll es ist, wenn Jugendfragen von Führern und Helfern aus allen Jugendlagern gemeinsam besprochen werden. Es wird daher um zahlreiches Erscheinen der Verbandleiter, Jugendleiter und Freunde der Jugend gebeten.

Wann feiert man die „Eierne Hochzeit“? So überausreichend es vielleicht klingen mag: die Eierne Hochzeit ist bis heute noch nicht einmündig entschieden. In manchen Gegenden wird die „Eierne Hochzeit“ bei der 70. Wiederkehr des Eheheiratsjahres begangen, in anderen Gegenden wieder feiert man dieses seltene Jubiläum erst fünf Jahre später.

Postlagernde Sendungen. Bei der Abholung postlagernder Sendungen genügt es, wenn der Abholer dem Schalterbeamten einen Kassenausweis oder eine Postkarte mit der Anschrift überreicht. Er braucht daher nicht laut seine Anschrift auszurufen, ebenso wie auch die Beamten angewiesen sind, die Postladen ohne laute Namensnennung auszuhandeln. Auf diese Weise ist Gemüth dafr gegeben, daß nicht etwa Nebenbuhler die Kenntnis der Briefe zuunehmen und die eingehenden Mittelstellen mit Versehen abholen.

Bei Brandwunden haben sich Alkohol und Weingeist außerordentlich bewährt. Man verwendet in solchen Fällen Leinwandlappen, die entsprechend getränkt sind. Freilich wird man zunächst einer ziemlich starken Schmerz wahrnehmen. Man sollte also die Jahre zumal und trübselig sich damit, daß das Schmerzgefühl sehr bald wieder vorüber ist. Bei der Verwundung von Alkohol hat man auch die Gewahr, daß keine Brandwunden auftreten werden, die je bekanntlich besonders große Schmerzen bereiten können, ganz absehen davon, daß sie bei der Verunsicherung unter Umständen auch als sehr hinderlich empfunden werden.

Verbrüderung. In einer Versammlung des Kreisvereins für Handel und Gewerbe in Bad Bismarck am Sonntag war eine Anzahl hiesiger Gewerbetreibender mit einem Komitee aus Bad Bismarck gefahren. Auf der Heimfahrt fuhr zwischen Bismarck und Schafau der schwere Wagen infolge Verlegens der Steuerung in den Gassengraben, wobei zwei Insassen, eine Dame und ein Herr, Verletzungen davontrugen. Ein telephonisch herbeigerufenem Omnibus aus Kölsche brachte sämtliche Insassen des verunglückten Wagens heim.

Bad Bismarck. Am Freitag nachmittag wurde die Mutter des in der Sportwelt vielgenannten Boxers Franz Elmer zu Grabe getragen. Sie hat viele Trümpfe ihres Sohnes als Kraftmännchen, der aber letztlich, wie bekannt, in dem Kampfe mit dem Europameisterhaft eine empfindliche Niederlage erlitt. Man hat nichts davon erfahren, ob die Mutter mit dem Verfall des Sohnes einverstanden war, jedenfalls konnte das Schicksal von ihm nicht davon unberührt sein, daß er in der letzten Zeit in den Armen der Mutter, die sich oft in Tränen auflöste, beschuldigt hat der armen Frau. Seit dort und tief tief ihm nichts mehr von ihrem Sohne, seinen Trümpfen oder Gefahren. So ist es ja immer: der beste Vater bricht einmal den Hals, der gewandteste Vater wird doch einmal gefangen.

Benennung. Auf eigener Weise ist der Mittagspächter Paul Bornheim aus Kölsche sein Leben genommen. Er hatte am Sonntag seine Tochter in Wallfahrten bei Sangerhausen besucht und mit seinem Auto auf dem Nachhausewege, als er in Benningen wahrscheinlich einen Schlaganfall bekommen hat und in die Klinik gebracht ist. Am Montag morgen wurde ein Lichtschein in der Klinik bemerkt, bei der Scheinwerfer des Autos ausstrahlten. Beim Herausziehen des Autos sah B. tot am Steuer.

Kölsche. Am 1. Oktober ist beim Postamt in Kölsche die vor kurzem eingebaute Schließfachanlage in Gebrauch genommen. Einem lange gehegten Wunsch der hiesigen Geschäftswelt wurde damit entsprochen. Bemerkenswert ist hierbei, daß für Schließfachkunden der Schalterraum täglich von 7-10 Uhr geöffnet und damit Gelegenheit geboten ist über die Schalterdienststunden hinaus zu ihrem Schließfach zu gelangen.

Scharfschützen. An den Folgen eines Suizids gegen den Leib, den es beim Töten mit anderen Kindern vor einigen Tagen erhalten hatte, und der vermutlich eine Darmkreislauferung zur Folge gehabt hat, starb im Kreiskrankenhaus in Kölsche das 7jährige Tochterlein des Arbeiters Rüdiger von Bier.

Jena. Volkshäuser und Theaterbeiträge. Die umläufig in Jena abgehaltene Verwaltungsratsitzung der Thüringer Volkshäuser stellte mit Bedauern fest, daß in dem Kreisland der Thüringischen Volkshäuser im Einklang mit der Regierung von den Theaterbeiträgen keine energische Anstrengungen gemacht werden, die seitens der Volkshausvereine in der Theaterkassen gezahlten Honorare in einem Maße herabzusetzen, daß die örtlichen Volkshäuser zu einer Erhöhung ihrer Monatsbeiträge gezwungen wären. Die Verwaltungsratsitzung wehrt sich daher gegen alle Versuche, die letzten Monatsbeiträge der Volkshäuser durch eine Erhöhung der Honorare durch die Theaterbesitzer zu verbessern, die demnach die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsteile ins Theater führen. Da die Thüringer Volkshäuser bereits Monatsbeiträge erheben, die die Kraft der Arbeiterbevölkerung und weiter Volksteile übersteigen und an die Theater für die gebotenen Aufstellungen Aufstellungen gemacht werden, müssen die von den Volkshäusern bezahlten Honorare die Erhöhung der Honorare im Interesse ihrer sozial-funktionären Arbeit ablehnen.

Erfurt. Selbst Fahrdrabardier sind gewissermaßen! In der Nähe von Erfurt wurde vor einigen Tagen ein Schmiedegewelle festgenommen, der monatelang in Erfurt täglich mindestens ein Fahrrad gestohlen und es dann in irgendeinem Dorfe versteckt hat. Die Ermittlungen, die ein überraschendes Ergebnis hatten, machten der Erfurter Polizei keine erhebliche Mühe, denn der Dieb hatte über jeden „Gang“ und über jeden Verkauf gewissenhaft Buch geführt. Das erleichterte die Nachforschungen wesentlich und so konnten in wenigen Tagen fast zweihundert Räder in Zusammenhang mit der Diebstahlsaktion werden. Der Hof des Polizeipräsidenten gleich in diesen Tagen einer großen Fahrdrabardier und einem Bienschwarm gleich führten sich die Diebstahler auf ihr Eigenes. Das Diebesgeschick wird sich in auf einen recht schließlichen Dementi gefast machen dürfen!

Salle. Eine schwere Enttäuschung erlebten im November Schenke von Bismarck, die dort zu der angelegten Schenkeinführung sich eingedungen hatten. Es waren zahlreiche Bewerberinnen und Mannesquins von Halle und anderen Städten der Provinz gekommen. Die Geschäftsleute hatten Hoffnungen und Pläne zur Verwirklichung gebracht und die Unternehmung, einer gewissen Reihe Kluge aus Halle, geachtet. Eine Tansgruppe war ertta im Auto von Magdeburg geholt, aber der Unternehmer kam nicht. Strafraum wird seitlich.

Leipzig. Die Leipziger Messe und ihre Organisation. Das Leipziger Messemittel hat eine Schrift die Leipziger Messe und ihre Organisation in zweiter Auflage herausgegeben, die ein wertvolles Nachschlagewerk für alle an der Leipziger Messe interessierten Kreise ist. Teil I handelt von der Leipziger Messe im allgemeinen und bringt u. a. genaue Uebersichten über die Zusammenlegung der Ausstellungsorte, nach Branchen und Herkunft geordnet. Teil 2 bringt eine ausführliche Darstellung der Organisation des Leipziger Messemittels, seines langjährigen Zwecks, der Quellen, aus denen seine Mittel fließen usw.

Grimma. Ein Minus von 167 000 Mark. Das Stadtvorstandsteltungmittel ist in seiner letzten Sitzung, etwas vergrößert, den Haushaltsplan für 1929-30. Der Rat hat einen vorläufigen und einen außerordentlich Haushaltsplan vorgelegt. Der vorläufige der die geistlich vorerfahrenen und vorordentlichen Ausgaben enthält, schließt mit einem Fehtbetrag von 167 000 Mark ab. Der außerordentliche Haushaltsplan, auf den zunächst nicht zurückgegriffen werden soll, weist einen Fehtbetrag von 107 000 Mark auf. Ingefaßt der angepaßten Finanzlage legen sich die beiden im Stellen von Anzeigern Beschränkung auf. Nach der Vermögensübersicht, die der Bürgermeister den Stadtvorstandsteltung vorlegte und die in sehr vorzüglicher Weise aufgestellt worden ist, betragen die Schulden der Stadt rund 1 300 000 Mark, deren Vermögenswerte von 2 800 000 Mark gegenüberliegen.

Halberstadt. Todesstrafe im Verdorbschreiben. Im Verdorbschreiben des Staatsanwalts wegen Mordes, Todesstrafe und Verleumdung der bürgerlichen Ehrenrechte, für Notstandsverstoß mit Körperverletzung drei Jahre Zuchthaus. Nach einem Freirecht zwischen Staatsanwalt und Verteidiger, der auf Freispruch plädierte, den er mit der Ungenügensfähigkeit des Angeklagten begründete, wurde in den Verhandlungen das Urteil gefällt. Mein wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt.

urteilt. Von einer Aberlennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde abgesehen, da kein gelagert hat, aus ethischen Gründen gehandelt zu haben. Wegen Notstandsverstoß und Körperverletzung wurden zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus verhängt.

Wahrsachen. 1000 Zentner Majoran verbrannt. In dem Nordmannschen Geschäft in der Friedrichstraße brannte ein Kistenhaus aus. Ein massiver Speicher von etwa 52 Meter Länge und 10 Meter Tiefe mit 800 bis 1000 Zentner Majoran brannte innerhalb einer Stunde bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die städtische Feuerwehr, die den Brand mit einer 600 Meter langen Schlauchleitung zu bekämpfen hatte, konnte nichts mehr retten. Das Gebäude war von der Majoranfirma Blatz und Co als Niederlage für Majoran gepachtet. Auch die in dem Gebäude befindlichen Büroräume sind gänzlich ausgebrannt.

Satzedel. Ein städtischer Umbau. Die Stadtvorstandsteltung bewilligte 3000 Mark für das 21. Elbkanalgebäudebesitz, das im Juli nächsten Jahres in Satzedel fertigstellen soll. Dann beschlößte man sich mit dem enormen Ueberforderungen bei dem Umbau des Schlachthofes, der noch nicht beendet ist. Der Umbau war mit etwa 100 000 Mark veranschlagt, die Summe ist aber bereits auf 218 000 Mark angewachsen. Etwa 37 000 Mark wurden aus Ueberflüssen genommen, während ein Rest von 52 500 Mark von den Stadtvorordneten nachschlüssig gestellt soll, die auf Anleihe zu nehmen sind. Bei der Abstimmung wurde die Vorlage auf Bewilligung der 83 500 Mark gegen zwei Stimmen angenommen. Die hohen Ueberforderungen entstanden namentlich dadurch, daß man es bei Beginn der Bauarbeiten leider unterlassen hat, über die Beschaffenheit des alten Baues sich frühzeitig genug beraten zu lassen.

Kleine Chronik.

Lehrerausbildungszeit in Südländern. Der König der Serben, Kroaten und Slowenen hat ein neues Gesetz über die Lehrerausbildungszeit in Südländern erlassen. Durch das Gesetz wird die Lehrerausbildung von vier auf fünf Jahre erhöht.

Kaubüberfall auf eine Wechselstube. In den Nachmittagsstunden wurde auf die Wechselstube Saper in Beuthen von drei bisher unbekanntenen Männern ein Kaubüberfall verübt. Während der eine der Täter dem Kassierer und der Buchhalter die Hände an den Hals legte, ergriff der zweite Täter auf den Ledentisch und bemächtigte sich des Geldes. Der dritte Räuber hielt unterdessen die Tür zu. Gestohlen wurden 1094 Mk. in deutschem Gelde und 1380 Pfund. Die drei Räuber, junge Männer im Alter von 25 bis 28 Jahren, konnten bisher nicht ermittelt werden.

Geldes über Novosibirsk gestohlet. Vier Waggons aus Moskau mit das Fingergeld des russischen Sibirienfliegens Coltes am 30. September über Novosibirsk am Ob gestohlet worden. Das Fingergeld wurde bereits ausverfüllt gemeldet.

Einschleppung australischer Kriegsschiffe. Das australische Marineministerium gibt bekannt, daß fünf Kriegsschiffe, die bisher dem Roten Kreuz angehörten, eingeschleppt werden und unter dem Namen der Kreuzer und einen als Dampfschiff verhanden früheren Kreuzer.

30 Personen ertrunken? Wie aus Tokio gemeldet wird, werden die zehn Passagiere und 20 Mann Besatzung des 345 Tonnen großen Dampfers „Kotoshiro Maru“, der bei den Hachijō-Ineln in der Bucht von Tokio während eines Sturmes gescheitert ist, vermisst. Man nimmt an, daß alle Besatzung ertrunken ist.

Schließung eines Stahlwerks in England. Sir Frederick Mills, der Direktor der City Steel Iron u. Coal Company, die vor einigen Tagen ihren 6000 Arbeitern und Angestellten zwecks Schließung des Werkes kündigte, hatte eine längere Aussprache mit dem Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Thomas. Der Minister will verhindern, Mittel und Wege zu finden, die ein trostvolles Entlassung zu verhindern. Die Kündigung der Arbeiter und Angestellten erfolgte innererzeit mit der Begründung, daß der Konturamptfall die Geschäftslage zur Schließung zwingt.

Erkrankung im englischen Königshaus. Die älteste Tochter König Edwards VII. ist schwer erkrankt. Der Bericht der Ärzte besagt, daß die Prinzessin einen leichten Anfall von Nervenblutungen hatte und daß der Zustand des Herzens zu Befürchtungen Anlaß gibt. Die Prinzessin, die in einem Alter von 62 Jahren lebt, ertrug sich bis vor wenigen Tagen noch der besten Gesundheit.

Kampf gegen einen Adler. Ein Arbeiterunternehmer, der eine Arbeiterkolonie im Kraftwagen nach Göttingen fuhr, wurde während der Fahrt von einem mächtigen Adler angefallen. Als er die Gefährdung erkannte, um den Tier zu entgehen, führte sich der Nachhose auf die Arbeiter, denen es erst nach vieler Mühe gelang, das Tier mit kräftigen Stacheln zu töten. Die Flügelweite des Adlers betrug fast zwei Meter. Man nimmt an, daß sich das Tier in die Gegend verirrt hat.

Der dänische Dampfer „Scandia“ in Senegal. In New-Orleans ausgelegene Berichte des amerikanischen Küsten-Schutzboots „Cante“ besagen, daß der 8500 Tonnen große dänische Dampfer „Scandia“ durch die Wirbelstürme vollkommen zerstört wurde. Die „Sauter“ konnte bisher wegen des schweren Sturmes nur fünf Personen retten.

Ein Reichsbeamter unter Spionageverdacht in tischlicher Haft. Der Reichsbeamte Großh, der unter Spionageverdacht verhaftet wurde, weil er auf dem Schlachtfeld von Kolin eine photographische Aufnahme gemacht hätte, ist noch immer nicht freigelassen worden. Das Gericht beruft sich darauf, daß ein Fotoapparat, das bei Großh gefunden wurde, erst noch untersucht werden müsse. Dazu ist zu bemerken, daß das Fotoapparat gleich am Tage seiner Verhaftung abgenommen und die Affen an einen militärischen Sadowerführer gelangt wurden. Bei ihrer Ankunft stellte es sich jedoch heraus, daß der Adressat überhaupt kein militärischer Sadowerführer, sondern nur ein einfacher Palastdiener war. Man kann begreiflich sein, wie lange der Staatsanwalt noch braust, um darüber zu entscheiden, ob Großh, der Sadowerriegelschlichter ist, angeklagt oder ob die Strafverfolgung eingestellt wird.

Raubmord bei Halberstadt.

Den Toten auf den Bahndamm geworfen.

= Halberstadt, 1. Oktober.

Der Polizeibericht meldete den Selbstmord des Halberstädter Handelsmannes Doll, der sich anscheinend auf der Eisenbahner Straße von einem Zug hatte überfahren lassen. Die Untersuchung ergab jedoch, daß etwa 10 Meter von der Fundstelle Blutspuren vorhanden waren und daß der Kopf des Toten Verletzungen aufwies, die

unmöglich von den Rädern des Zuges verursacht worden sein konnten. Es wurde weiter festgestellt, daß der Selbstmord vor einigen Tagen nicht zwischen 3 und 4 Uhr in der Gegend der Fundstelle von Beteiligung des Arbeiters Hartje, eines über beleumdeten Menschen, gesehen worden sei.

Die Vermutung der Polizei geht dahin, daß Hartje den Doll ermorde und dann auf die Schienen geworfen hat, um einen Selbstmord vorzutauschen. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Hartje ist dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Neue Versuche mit dem Flugschiff.

Es sollen Weltretouren aufgestellt werden.

= Friedrichshafen, 1. Oktober.

Die seitherigen Versuche mit dem Flugschiff „Do. X.“ haben alle Erwartungen um ein Bedeutendes überbieten, so daß in nächster Zeit, nach Einbau der neuen Hochleistungsrichtung, mit dem Flugschiff eine Anzahl von Weltretouren aufgestellt werden sollen.

Man sagt sich mit Recht: nachdem über dem Bodensee (also über 400 Meter über dem Meer) wiederholt glatte Starts mit 20 000 Kilogramm Zuladung in kaum mehr als 30 Sekunden ausgeführt werden konnten, darf man wohl als sicher annehmen, daß auf Meereshöhe mit mindestens 24 000 Kilogramm Zuladung gefahren werden kann. Augenblicklich wird in der Werft das Passagierflugschiff mit seiner Neueinrichtung versehen. Am Bug des Schiffes wird ein geeigneter Rauchschein mit angeschlossen. Der Passagierstuhl wird angeschlossen. Ein Einzelstuhle für 8 bis 10 Passagiere enthalten, ferner einen großen Salon mit bequemem Polsterwerk. Des weiteren ist von einer amerikanischen Firma ein besonderer Radiopfeifer mit Lautsprecher gestiftet worden.

Die Bayernfahrt des „Graf Zeppelin“.

Unter Führung des Kapitains Fleming.

= Friedrichshafen, 1. Oktober.

Die Bayernfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, zu der um 8.20 Uhr früh gefahren worden war und die unter der Führung des Kapitains Fleming land, führte über Schwäbisch-Hall, Würzburg, Kilmbach, Bayreuth, Bamberg und Regensburg. An der Fahrt nahmen 31 Passagiere teil.

Zum Berliner Zeppelinfest wurden nicht weniger als 300 Ehrenkarten für die Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden ausgestellt werden.

Berliner Ereignisse.

Die Erneuerung des Berliner Zoo.

Dem Antrage des Völkervereins Zoologischer Garten auf Abtretung eines Geländes von rund 6000 Quadratmetern ist vom preussischen Justiz, als dem Eigentümer des Tiergartens, entzogen worden. Der Völkerverein des Zoo wurde bereits dementsprechend ergötzt.

Ein Viehdiebstahl ist in der Wohnung!

In einem Hause der Viehdiebstahl fand man die Leiche eines Rentners in völlig verwestem Zustande auf. Der Mann war bereits Anfang Juli (1) gestorben. Man hatte angenommen, daß der Mann — verstorben gewesen sei.

Die Scharf-Wäffler fordert ein Opfer.

Als ein Opfer der Wäffler Scharf hat eine Charlottenburger Konfektionsfirma Konturs angelehnt.

Schon wieder ein Baustand?

Das Bau-Unternehmen von Erich Döbe in Hermsdorf ist in diesen Tagen zum Einsturz gekommen. 16 Neubauten, die von der Firma errichtet werden sollten, können daher vorläufig nicht weitergeführt werden. Die Wohnungsbauarbeiten hat bereits eingegriffen und die Bauten anderen Bauherren übergeben. Außerdem hat sie eine Unterlegung eingeleitet, da Döbe geschuldigt wurde, den Zusammenbruch herbeigeführt zu haben. Gerichte, nach denen die Berliner Stadtbank durch die Baustille gestädigt worden ist, sollen sich dem Vernehmen nach nicht befleißigen.

Wenn man mit Geldern geist ...

Unweit Gransee kam es in einer Kurve zu einem folgenschweren Autounfall. Ein Kraftwagen rannte mit aller Gewalt auf der Straße zwischen Gransee und Schönermark gegen einen Baum. Die fünf Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert. Ein Fräulein, die aus der Baumstraße 40 Meter gegen einen Baum geworfen und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf der Stelle verstarb. Des weiteren hat der Fahrer des Wagens, der ehemalige russische Offizier und jetzige Buchhalter von Bleser aus Dünaburg, sehr erhebliche Wunden erlitten, während die übrigen Mitfahrer, darunter zwei junge Kaufleute, gemein Schnittwunden davontrugen. Dem Vernehmen nach ist das Unglück durch zu schnelles Fahren verursacht worden.

Zusammenstoß im Mainzer Bahnhof.

Mainz, 1. Oktober. Der Fern-D-Zug 264, von Bingen nach Mainz fahrend, rannte im Bahnhof Mainz dem Güterzug 841 in die Fronte. Die Lokomotive am D-Zug entgleiste. Einige Wagen des Güterzuges wurden vollständig zerstört. Die beiden Hauptgleise werden auf einige Stunden gesperrt sein. Ein Passagier wurde mit Brustverletzungen ins Krankenhaus gebracht. Zwei weitere wurden am Schwundeläufeln. Außerdem wurden zwei Reisende leicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umleitung aufrecht erhalten.

Winter-Fabrylan der Anstrubahn

Gültig ab 6. Oktober.

| Raumburg-Wietzen | | Wietzen-Raumburg | |
|------------------|-------|------------------|-------|
| 5.02 | 9.12 | 12.45 | 18.17 |
| 5.35 | 9.41 | 13.24 | 18.49 |
| 6.04 | 10.06 | 13.53 | 19.18 |
| 6.13 | 10.15 | 14.02 | 19.27 |
| 6.36 | 10.38 | 14.24 | 19.50 |
| 7.05 | 11.06 | 14.52 | 20.28 |
| 7.11 | 11.12 | 14.59 | 20.34 |

Wietzen-Querfurt

| Wietzen-Querfurt | | Querfurt-Wietzen | |
|------------------|-------|------------------|-------|
| 7.05 | 10.10 | 14.10 | 17.15 |
| 7.37 | 10.42 | 14.42 | 17.47 |
| 7.48 | 10.53 | 14.53 | 17.58 |
| 7.51 | 10.56 | 14.56 | 18.01 |

Russische Wirtschaftsentwicklung.

Die päpstlichen Nachrichten, die über die Entwicklung der russischen Wirtschaft zu uns gelangen, lassen erkennen, daß in der letzten Zeit Amerika ein erhöhtes Interesse an Rußland nimmt und in Rußland findet. Es ist wohl richtig, anzunehmen, daß, soweit Rußland in Frage kommt, hierbei eine recht nützliche Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und der zur Bewältigung der nächstliegenden Aufgaben vorhandenen Hilfsmittel auslageliegend ist. Und das ist insofern bemerkenswert, als sich Rußland keineswegs in jeder Beziehung von politischen Ressentiments frei hält, selbst wenn wirtschaftliche Interessen geopfert werden müssen. Etonomisch ist Rußland schon bräutig ein Artikel, in dem die Fortschritte des amerikanischen Geschäfts und die Rückschritte des englischen Geschäfts in Rußland mit statistischen Daten belegt wurden und erklärte die Entwicklung als die Wirkung der Politik der englischen Regierung.

Das amerikanische Geschäft erheischt sich keineswegs im Barerkaustausch, sondern hat für sich beispielsweise mit 15 amerikanischen Gesellschaften Verträge über den Austausch von Patenten, technischer Information und über die technische Unterstützung russischer Unternehmungen seitens der Amerikaner abgeschlossen. Diese Verträge betreffen die Automobilindustrie, die Elektrochemie, die Chemie, die Ergründung von Lagerstätten, das Abkühlen von Schächten, die Ergründung von Stahlwerken, Großbäckereien und Wohnhäusern. Amerika hat schon fast über ein Jahr Deutschland in Bezug auf diese Aufgabengebiete überholt, obwohl es nur acht Konventionen erworben hat. Schwierigkeiten bereitet nach immer das amerikanische Kreditgeschäft und die russische Presse beklagt sich über die Zurückhaltung der Amerikaner, die mit Ausnahme des Baumollgeschäfts, für das sie immer Geld übrig haben, außerordentlich zurückhaltend sind, was nicht leicht mit dem Mangel einer für ihre Zwecke geeigneten Kreditorganisation zusammenhängt.

Es scheint, daß die Amerikaner sich etwas von dem großen Aufschwung imponieren lassen, der sich über fünf Jahre erstreckt und impotente wirtschaftliche und ledigliche Aufgaben befreit. Es kommt hinzu, daß die neuen Statuten der russischen Staatsbank, die für sich funktionieren wurden, erkennen lassen, daß die Bank weitgehend zum Instrument dieser jüngsten Finanzwirtschaft gemacht worden, um dementsprechend man ihr eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat gegeben hat. Die Bank ist für öffentliche Schulden nur insofern verantwortlich, soweit sie dafür Garantien übernimmt hat, und die Bestimmung des früheren Bankstatuts, die die Bank zu einem Organ des Finanzkommissariats machte, ist beseitigt worden. Zwar bestimmt der Finanzkommissar nach wie vor die Grenzen der Notenzirkulation, ist gleichzeitig Präsident des Bankrats, hat aber nur kontrollierende Funktionen, während er früher die eigentliche Leitung ausübte. Dieser Bankrat ist neu. Er soll aus 40 Mitgliedern bestehen einschließlich des Direktors der Bank und der Direktoren einiger anderer Banken, die der Regierung befristeter Kommissariate und zwölf nicht offizieller Sachverständiger. Er soll zweimal im Jahre tagen, die Berichte des Direktoriums entgegennehmen und prüfen, wichtige Währungsfragen entscheiden und die Direktoren ernennen. Das Grundkapital der Bank ist von 25 auf 40 Millionen Tschernozent erhöht worden.

Eine besonders aufsehenerregende Neuerung ist die Einführung des 360tägigen Arbeitsjahres. Die russischen Wirtschaftler erkennen an, daß die Sonntagsruhe eine Entwertung des Produktionskapitals der russischen Volkswirtschaft bedeutet. Sie haben in einer Erklärung gesagt, daß die Maschinen und sonstigen Produktionsmittel, das wertvollste Kapital der russischen Wirtschaft, nicht ausgenutzt werden könnten. Sie scheinen sich nicht aus dieser wirtschaftlich durchaus richtigen Auffassung Konsequenzen zu ziehen, die kein bürgerlich regiertes Land ziehen würde, nämlich die Aufhebung der Sonntagsruhe. Der Plan ist schon fast langem erzwungen worden, und am 1. August hat sich der Oberste Wirtschaftsrat für seine beschleunigte Durchführung ausgesprochen und einen besonderen Kommissar damit beauftragt. Bis 1. Dezember soll ein bis in die Einzelheiten durchgearbeiteter Plan zur allgemeinen Umstellung der Industrie auf ununterbrochene Arbeit vorliegen. Inzwischen haben schon große Unternehmungen die durchgehende Arbeit eingeführt, und es finden überall Versammlungen der Arbeiter statt, in denen die Bedeutung dieser Maßnahmen für die Arbeiterklasse erklärt wird. In der offiziellen Presse wird berichtet, daß besonders aus den Kreisen der Technik Schwierigkeiten bei der Durchführung des Planes herorgegangen sind. Die offizielle Ansicht hierüber ist die, daß das neue System, besonders für die Betriebsingenieure, gewisse Härten mit sich bringe, daß aber darüber hinaus auch objektive Schwierigkeiten insofern bestehen, als man keineswegs weiß, ob die Brennstoffe und die elektrische Energie für die Durchführung der ununterbrochenen Produktion ausreichen. So wird z. B. von den größten Elektrizitätswerken in Leningrad und Moskau berichtet, daß sie nicht in der Lage seien, die Industrie mit Energie in dem durch den neuen Plan erforderlichen Maße zu versorgen.

Berlin—Sevilla.

Die Expressflüge der Luftkassa.

Am 7. und 8. September hat die Deutsche Luftkassa einen Expressflug Berlin—Sevilla und zurück ausgeführt, dem flüchtig ein zweiter folgte.

Es ist beachtlich, noch einen Kurierflug Berlin—Marzelle—Sevilla und zurück auszuführen. Durch die Flüge soll eine Vorarbeit für eine von Mitteleuropa nach Spanien und später weiter nach Südamerika gehende Schnellverbindung, wie schon häufig für die Langstreckenverkehr, geleistet werden. Die Flüge sollen die großen Vorteile eines solchen Langstreckenverkehrs deutlich machen

und beweisen, daß mit den heutigen technischen Mitteln die Durchführung eines derartigen Dienstes durchaus möglich ist. Ferner soll gezeigt werden, daß die Schwierigkeiten, die dem Luftverkehr heutzutage noch durch ungünstiges Wetter erwachsen, bei Flügen über große Strecken viel besser zu überwinden sind als bei dem mitteleuropäischen Verkehrsnetz. Die Schnellflugmaschinen leichter auszuweichen werden kann.

Für die erwähnten Flüge kommen nur besondere Postflugzeuge mit großem Aktionsradius in Betracht. Die bei diesen Flügen gesammelten Erfahrungen werden für die Weiterentwicklung derartiger Postspezialflugzeuge von Wert sein.

Es ist bekannt, daß die Entimelung des Postflugdienstes in hohem Maße davon abhängt, daß auch nachts geflogen wird. Der Nachtflerenausbau in Deutschland ist auf die Einnahmen von Berlin nach Königsberg und Hannover beschränkt. Mangel an Mitteln gestattet nicht den dringend notwendigen weiteren Ausbau, und es insbesondere für Passagier-Fluglinien unbedingt erforderlich ist. Da bei den Sevilla-Flügen weite Strecken ohne planmäßige Nachtflerenausbau überlegen werden, wird man für eine bei einem Postflugdienst genügende vereinfachte Nachtflerenausbau wertvolle Schlüsse ziehen können.

Weiterhin soll bei diesen Sevilla-Flügen ein modernes, bisher wenig bekanntes deutsches Postflugzeug erprobt werden. Das auf der Internationalen Luftfahrtausstellung 1928 ausgestellte leistungsfähige Verkehrsflugzeug Arado V I (Konstruktör Ing. Kette) mit Hornet-Motor ist zum Postflugzeug umgebaut und durch einige Änderungen wesentlich verbessert worden. Das Flugzeug (Stahlrohr mit Stoffbeplattung) zeichnet sich im besonderen durch seinen außerordentlichen Kraftverbrauch aus, der nicht nur eine Lebensdauer durch Wirtschaftlichkeit vermehrten Betriebsstoffes ermöglicht, sondern es auch gestattet, die Wolkendecke rasch nach oben zu durchfliegen. Die große Kraftreserve des Motors läßt auch zu, ihn im Notfall wegzulassen zu droheln, wodurch die für den Nachtflugbetrieb mit einmotorigen Maschinen erforderliche erhöhte Betriebsfähigkeit erreicht wird.

Die Flüge werden von der gleichen Besatzung durchgeführt, die im vergangenen Jahre zweimalig mit dem Flugzeug „Ural“ den Probefahrt über der Strecke Berlin—Straßburg und zurück ausgeführt hatte — Leiter v. Schröder (gleichzeitig 2. Flugzeugführer), Flugkapitän Albrecht und Bordmonteur Eichenkopf.

Das Flugzeug Arado V I startete zu seinem ersten Flug am 7. September 2.40 Uhr morgens in Tempelhof zum Nachtflug Richtung Marzelle. Unterwegs lag vielfach starke Bewölkung vor, die zum Teil überflogen, zum Teil durchflogen wurde. Nach 7 Stunden 10 Minuten Flugzeit landete die Maschine um 9.45 Uhr in Marzelle.

In Marzelle wurde der Betriebsstoff ergänt und um 10.35 Uhr der Flug fortgesetzt. Die Brennstoffen wurden über 3000 Meter Höhe bei Almdora überflogen; die dann folgende, rund 1000 Kilometer lange Strecke bis Sevilla wurde mit Hilfe von Kompaßorientierung zurückgelegt, an einigen markanten Stellen durch Detailorientierung ergänt. Nach insgesamt knapp 15 Stunden Flugzeit landete die Maschine um 18.15 Uhr in Sevilla, wo für 6 Stunden Aufenthalt genommen wurde.

Am 8. 30 Uhr morgens am folgenden Tage begann von Sevilla aus der Rückflug auf eine Entfernung von etwa 550 Kilometern in völlig hinstler, mondloser Nacht. Als nach etwa 20 Minuten Flugzeit Wolken die Lage des Horizontes und die Sterne verdeckten, wurde im geschlossenen Führerhaus das Licht eingeschaltet und in 4000 Metern Höhe, als während des Fluges in 3 Minuten 500 Meter, in 10 Minuten 1450 Meter Höhe erreicht. Nach insgesamt 14 Stunden 35 Minuten Flugzeit landete die Maschine am selben Abend um 19.15 Uhr in Berlin.

Der Hin- und Rückflug über eine Gesamtstrecke von 4940 Kilometern wurde in einer Flugzeit von 29 Stunden 25 Minuten zurückgelegt, was eine mittlere Geschwindigkeit von 168 Kilometern je Stunde entspricht.

Das gute Gelingen des ersten Fluges ist in hohem Maße Verdienst des ersten Flugzeugführers, Flugkapitän Albrecht, welcher einer unserer bewährtesten Nachtflerenspielen ist und dessen reiche Erfahrungen daher auch für die Ergründung neuer Nachtfluglinien nutzbar gemacht werden. Der Bordmonteur Eichenkopf ist der Typ eines mitfliegenden Ingenieurs, für den bei sich während des Fluges durch dauernde Kontrolle der Maschine und Instrumente, Betriebsstoffzuführung usw. wichtige Aufgaben ergeben, deren helte und gewissenhafte Ausführung gerade bei langen Nachtflügen mit einmotorigen Maschinen von entscheidender Bedeutung ist.

Selbstverständlich kann diesen Einzelflügen nicht sofort ein planmäßiger Verkehr nachfolgen, denn eine gewisse Nachtflerenausbau müßte für einen regelmäßigen Verkehrsverkehr, doch vorgenommen werden. Außerdem wären auch wirtschaftliche Grundlagen zu schaffen, da der Luftverkehr die Einrichtungskosten einer derartigen Linie nicht aus eigenen Mitteln aufbringen kann.

Mit Referatlichen hat vieles von der Luftkassa ausgeführte Flugunternehmungen nicht nur im Verkehrsflugdienst, sondern auch in der Luftverkehrsforschung, die sich durch die in der Luftverkehrsforschung festgestellten Tatsachen, daß sie ein Musterbeispiel hinsichtlich Schnelligkeit und pünktlicher Abfertigung der Ladung sein sollen. J. v. Sch.

Vermischtes.

England wird gegenwärtig von einer wahren Schauferenterschlange heimgesucht, die sich nicht nur auf London beschränkt, sondern auch auf die großen und kleinen Provinzstädte erstreckt. Allein in einer der letzten Nächte sind über 200 Schauferenten in London getrimmert worden. Bisher ist man den Tieren noch nicht auf die Spur gekommen, obwohl die Polizei eine Verhaftung vorgenommen hat, von der man glaubt, daß sie mindestens in Zusammenhang mit den Tieren steht. Der Verhaftete behauptet allerdings, er habe kein Gedächtnis verloren und wisse nicht mehr, wer er ist.

Bekanntmachung.

Die für die Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. bestellt gemessenen Blättchenverrechnungsarbeiten angefordert, die noch in ihrem Besitze befindlichen Anmeldebücher umgehend, spätestens bis 8. ds. Mts., in dem Rathaus, Zimmer Nr. 3 abzugeben.

Nebr, den 2. Oktober 1929. Die Volkseigenverwaltung.

Vitzenburg

Zum Erntedankfest, von nachm. 3 Uhr an:

Ballmusik

Im gütigen Jauchz bitten

Otto Wirthmann und Frau.

Speisen und Getränke in Bekannter Güte

Fabrik erstklassiger Milchgerätnen sucht tüchtige solide, in landwirtschaftlichen Kreisen gut eingeführte

Bretreter

gegen hohe Provision, die prompt ausgezahlt wird. Schriftl. Anfragen mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Referenzen unter H. F. 937 über Rudolf Mosse, Halle a. S. erbeten.

Ich habe die Vertretung der ... Fabrik und erlaube gern, daß meine Kundhaft mit diesem Fabrikate sehr zufrieden ist und ich überall Ehre damit einlege. Besonders angenehm ist, daß ich sofort die Provision erhalte, die mir und meiner Familie ein gutes Auskommen ergänt.

(Original kann eingesehen werden.) R. G. in S.

Mist Spieltarten

kauft empfiehl

Carl Dastkin, Tischlermeister.

Walter Scharf.

Die bisher von meinem Vater betriebene Roggkädlerlei ist in meinen Besitz übergegangen und ich

kaufe Schlachtpferde

jederzeit zu höchsten Tagespreisen

Frik Berger - Rogleben

Die Grüne Post

Der Dichter Rudolf Hans Bartsch schrieb seinen neuesten Roman „Der Falke von Mons Regius“ für Die Grüne Post. Diese Liebesgeschichten eines Wilderes aus dem schönen Kärnten müssen Sie lesen.

Kaufen Sie sich am Sonnabend Die Grüne Post!

Stets vorrätig in der

Buchhandlung W. Scharf

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten
34 Seiten Mode
30 Seiten Unterhaltung.

Aber 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneider

zu haben in allen Buchhandlungen.

Photograph BACH

Reinsdorf b. Vitzenburg

empfiehlt sich für

photograph. Aufnahmen

jeder Art.

Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebr 197

Nein erschrecken!

Funke Post

Große Kunst-Programm-Zeitschrift

für Alle!

ausführliche Programme aller Länder!

NUR 20 PENNIGE

überall zu haben!

UNTERHALTUNG - BILDER - ROMAN - TECHNIK

Probeheft gern umsonst! Funk-Post, Berlin N 24

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentl. dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabfertigung: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr. 117

Donnerstag, den 3. Oktober 1929

42. Jahrgang

Reichstagsbeginn. Die Erwerbslosenfürsorgeberatung.

— Berlin, 1. Oktober.

Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Wisßel, Haus und Trübner sind stark besetzt. Vizepräsident Esser eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und gebietet, während sich das Haus von den Anträgen der letzten Beratung des Reichstags verlorbenen Abgeordneten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt

Abg. Stöcker (Komm.),

die Reform der Arbeitslosenversicherung, die einen neuen Raubzug gegen die Erwerbslosen einleiten sollte, von der Tagesordnung abzulesen.

Seine Fraktion protestiert weiter dagegen, daß heute mehr als 200 Schupocame in und um den Reichstag herum aufmarschiert seien.

(Küste bei den Kommunisten: Nieber mit Förgelbels Blut- und Brand) Der Redner verlangt die Beratung von Anträgen auf Einführung des Siebenfundentags und die Besprechung des Young-Planes.

Abg. Graf Westarp (Dnt.),

erklärt, seine Freunde beschließen sich vor, die Besprechung der Haager Verhandlungen für Dienstag zu beantragen.

Da gegen die Beratung der kommunikativen Anträge Widerspruch erhoben wird, kann diese nicht erfolgen.

Die allgemeine Aussprache bei der ersten Beratung der beiden Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung leitete dann

Reichsarbeitsminister Wisßel

ein, der erklärte, daß Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung zweifelslos vorgekommen sind, aber sie sind in der Deckungsleistung fort aufgebaut worden. Die Arbeitslosenversicherung hat sich als Ganzes bewährt. Die befristete Vorlage wolle das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ausgleichen.

Die Versicherung schulde heute dem Reich 250 Millionen Mark.

Im kommenden Winter werde der Ausgabenbedarf die Einnahmen weit übersteigen. Nach dem Durchschnitt der letzten Jahre sei mit einer Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen zu rechnen. Auf dieser Grundlage ergebe sich bei der Versicherung ein Fehlbetrag von rund 270 Millionen. Der befristete Entwurf wolle diesen Fehlbetrag durch eine Kombination von Ertragsrissen und Erhöhungen der Einnahmen abdecken (Umlage und Jurate bei den Kommunisten).

Nach dem gehen die Beschlüsse unserer Arbeitslosenversicherung noch um das Maßfache über das hinaus, was in England für die Arbeitslosen geleistet wird. Aber den in der Vorlage vorgeschlagenen Abbau der Leistungen will die Regierung nicht hinzusehen. Jede weitere Kürzung der Unterhaltungen würde die Kaufkraft von Millionen der Bevölkerung schwächen und damit die Gesamtwirtschaft lähmen.

Abg. Grafmann (Soz.)

wies darauf hin, daß das kapitalistische System naturgemäß eine große Arbeitslosenzahl mit sich bringe. Das werde sich erst ändern unter der von der Sozialdemokratie vertreten, von der Defensivpolitik kontrollierten Bedarfswirtschaft.

Der außerordentlich harte Winter habe einen Zustand geschaffen, dessen Folgen nicht der Versicherungsanstalt ausbehalten werden dürften, sondern für die Staat einzutreten muß. Der Abbau der Sozialpolitik würde zu wirtschaftlich-politischen Katastrophen führen mit unübersehbaren Folgen. Durch das Zusammenlegen der Produktion verlieren immer mehr Arbeiter ihre Beschäftigung. Die Wirtschaft ist sehr wohl in der Lage, eine Beitragserhöhung zu tragen. Der Redner stimmt der Ausgestaltung der Mißbräuche, der befristeten Beitragserhöhung und der Herabsetzung der Saisonarbeiterunterstützung zu, lehnt aber eine allgemeine Verlängerung der Wartepflicht sowie eine besondere Wartepflicht und Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter ab.

Abg. Dr. Rademacher (Dnt.)

wies darauf hin, daß die Geißel der Arbeitslosigkeit einschließlich der nächsten Jahresgebelm im letzten Etatsjahr dem deutschen Volk 1650 Millionen gekostet habe. Gegenüber dem fehlenden Mut der Reichsregierung müsse festgestellt werden, daß bei der Arbeitslosenversicherung auch auf Arbeitnehmerseite zahlreiche Mißbräuche bestehen, so die Arbeitsvermehrung ohne genügenden Grund, Subvention übermäßiger Arbeit usw., vor allem aber der Anreiz, sich Renten auf Kosten der Allgemeinheit zu verschaffen. Der Redner lehnt jede Erhöhung der Beiträge ab. Auch die Lohnminderungen habe schwere Bedenken gegen die Gesetzgebung. Die Deutsche Volkspartei sei als Gefangene ihrer Außenpolitik zu bezeichnen. Die Gesetzgebung müsse zu tolerieren. Am 11. März in 60 Jahren zahlen zu dürfen, mag sie bewußt eine falsche Wirtschaftspolitik mit.

Abg. Dr. Perentius (3.)

gibt für die Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der die erste Vorlage, die die Mißbräuche bei der Arbeitslosenversicherung abstellen soll, begrüßt wird. Die Selbstverwaltung in der Versicherung müsse gestiftet werden. Die zweite Vorlage über die befristeten Veränderungen ent-



wirksam in Kraft tritt.

Man kann ihm auch nicht zumuten, die Erparnisse, die er von diesem Plan erhofft, in fertigen Gesetzesvorlagen bereits vorzulegen und sich so für die abschließenden Verhandlungen im Gang von vornherein die Hände zu binden. Eines allerdings bietet ihm nicht erspart: er muß eine Vorberatung in der Kommission vornehmen, die noch vor der Entscheidung über die Annahme des Youngplanes im Reichstag

ein bindender Kabinettsbeschluss

über die inneren Finanzpolitischen Folgerungen gefaßt werden kann. Nur dann ist das Kabinett in der Lage, gleichzeitig mit der Zustimmung zu den neuen reparationspolitischen Anordnungen auch die grundsätzliche Billigung eines Finanzprogramms zu verlangen und so die Forderung der dieser wichtigen Aufgabe der inneren Politik in der Hand zu behalten. Natürlich hängt der ganze Arbeitsplan davon ab, wie sich in diesen Tagen die Beschäftigung im Reichstag gestalten. Nur wenn es gelingt, die gefährliche Kluft der Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu umschiffen, dürfte der Regierung eine Möglichkeit der Finanzreform überhaupt gegeben sein.

Zeitweise gährende Leere.

Kein Interesse für die Arbeitslosenreform.

— Berlin, 1. Oktober.

Vizepräsident Graf leitete die Sitzung um 12 Uhr und gebotete des 50jährigen Jubiläums des Reichsgerichts. (Zuruf bei den Kommunisten: Ein schönes Klassengericht!) Das Reichsgericht sei eine Säule der Reichseinheit und biete der hohen Aufgabe der Idee des modernen Rechts. Auch die deutsche Volkswirtschaft spreche dem Reichsgericht ihre herzlichsten Glückwünsche aus.

Nach der Tagesordnung stand die zweite Beratung der Vorlagen über die

Arbeitslosenversicherungreform.

Abg. Riesenher (Ztr.) berichtete zunächst über die Ausspracheüberhandlungen. Da das Haus sich inzwischen fast vollständig geleert hätte — ein Beweis des großen Interesses der Volkstretter —, wurde von den Kommunisten

die Verbetung des Reichsarbeitsministers beantragt. Vizepräsident Graf leitete die Signalapparate in Bewegung und bemerkte unter Zerkleinerung: Warten wir ab, bis sich das Vakuum wieder in ein Plenum vermandelt. — Nachdem der Saal sich gefüllt hatte, wurde der kommunikativen Antrag, ebenso ein Beratungsantrag der Kommunisten, abgelehnt.

In der Aussprache

erklärte Abg. Jaeger (Soz.), seine Partei sei bereit, alles zu tun, um Mißbräuche zu beseitigen. Abg. Schumann (Leipzig) (Komm.) brachte Beschwerden vor gegen die Haltung mancher Beamten in den Arbeitsämtern. Abg. Stöcker (Nat.-Soz.) bestritt, daß die Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen zurückgegangen sei. Bei diesen Vorlagen setze sich, daß die Beitragsänderung der Erfüllungspolitik die Arbeiter sind. Die Sozialdemokraten, die man besser „Kapitaldemokraten“ nennen sollte, seien immer die Juretreiber der Finanz gewesen (Zuruf der Soz.). Das sei die Richtung des verruchten, verulmpfen und korrupten neubourgeois Systems. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Abg. Frau Frenje (Komm.) warf dem Sprecher vor, er wolle die Arbeitermassen für seine Partei fiebern.

Abg. Dr. Agena (Dnt.) erklärte, draußen im Lande werde man kein Verständnis dafür haben, daß die Reichstagsmehrheit in der Arbeitslosenfrage so völlig verlegt habe. Auf dem Lande fehle es überall an Arbeitsträften. Für den Bauern bedeute die Beitragszahlung eine besondere Bürde. Der Redner sprach sich gegen jede ungenügende Stützlinie aus. Abg. Behrens (Dnt.) warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten die Lage der Landarbeiter verschlechtert. Das Beitragswesen sei für die Krankentafeln unannehmbar. Abg. Löffel (Soz.) machte den Kommunisten und Nationalsozialisten den Vorwurf, daß sie eine gemeinliche Front auch in dieser Frage gegen die Sozialdemokraten bildeten.

Es folgte dann die Beratung des befristeten Gesetzes. Abg. Graf Westarp (Dnt.) erhob nunmehr entgegengesetzten Einspruch gegen das bei der Arbeitslosenversicherungsvorlage beliebte Verfahren. Der Redner fragte, ob der Finanzminister der Ansicht sei, daß das Defizit von 500 Millionen weiter von der Reichskasse getragen werden solle. Abg. Gerlach (Soz.) bejahte das befristete Sondergesetz nicht als eine ideale Lösung, aber schlimme Folgen werde es nicht haben.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

wies darauf hin, daß die finanziellen Wirkungen der Vorlage schon früher erläutert worden seien. Die finanziellen Wirkungen von Verringerungen könnten erst berechnet werden, wenn diese angenommen sind.

Abg. Frau Frenje (Ztr.) wies kommunikativen Angriffen gegen die produktive Erwerbslosenfürsorge in Köln zurück.

Abg. Graf Westarp (Dnt.)

erklärte, die Antwort des Reichsfinanzministers entspreche weder der Achtung, auf die der Reichstag Anspruch habe, noch den notwendigen Anforderungen an eine ladungsmäßige Auskunft. Der Redner beantragt Aussetzung der Verhandlungen, bis der Reichsfinanzminister in der Lage ist, Auskunft über die finanziellen Wirkungen der Verringerungsanträge zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Präsidium werden dann einige Anträge betrautgegeben, die die Unterschriften der Weimarer Parteien und der Bayerischen Volksparteien tragen. Einer der Anträge lehnt eine Stellungnahme der Unterhaltungsämter ab nach der Lohnhöhe und der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung.

Von den Deutschnationalen wird Beratung angelehnt der ungelängten Sachlage gefordert, der sich das Zentrum anschließt.

Das Haus beschließt um 5.30 Uhr, sich bis 6.30 Uhr zu vertaun.

Ein neuer Kompromißversuch.

Berlin, 2. Oktober. Die Vorläufe der Regierungsparteien des Reichstags, die Arbeitslosenversicherungreform einer Lösung entgegenzuführen, sind während des ganzen Tages fortgesetzt worden. Es haben mehrfach interfraktionelle Besprechungen unter Beteiligung von Regierungsvertretern stattgefunden, zwischenwährend Sitzungen der Fraktionen der einzelnen Regierungsparteien. Es gelang schließlich infolgedessen eine Grundlage für ein Kompromiß zu finden, nachdem die Zentrumsfraktion, die am Nachmittag zum dritten Male zusammentrat, sich damit einverstanden erklärte, daß die Lösung der Arbeitslosenversicherungreform auf der Grundlage erfolgen soll, daß das Hauptgesetz mit den Sondergesetzen in der Form, wie es von Sozialpolitischen Ausschüssen beschlossen ist, das heißt, es soll der § 1, der die Bestimmungen über die Saisonarbeiter enthält, in die Hauptvorlage hineingearbeitet werden. Praktisch bedeutet dieses Kompromiß, daß von der einschlägigen Beitragserhöhung Abstand genommen wird. Das Zentrum hat diese Zustimmung zu dem Kompromiß aber nur unter dem Vorbehalt gegeben, daß die Deutsche Volkspartei ebenfalls wie alle übrigen Regierungsparteien diesen Vorläufe zustimmt und von der Stellung weiterer Änderungsanträge absteht. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist bisher noch nicht bekannt.

Pläne für die Finanzreform.

Senkung der Einkommen und Realsteuern. — Erhöhung der indirekten Steuern.

— Berlin, 2. Oktober.

Nach dem im Reichsfinanzministerium zur Ermöglichung tieferen Reklamplanen zu der unbedingt notwendigen Verbesserung des Arbeitslosenwesens haben sich nunmehr folgende Grundgedanken abgeklärt:

In erster Linie soll die Einkommensteuer ermäßigt werden, und zwar nach oben und nach unten. Der Höchstfuß der Besteuerung soll erst bei einem wesentlich höheren Einkommen beginnen, als es gegenwärtig der Fall ist. Die kleinen Einkommen sollen in der Weise begünstigt werden, daß für Unberufete ein Einkommen bis zu 1500 Mark steuerfrei bleibt. Auch die Frauen- und Kinderzuschläge werden nach neuen Sätzen berechnet, so daß ein Familienvater mit zwei Kindern ein steuerfreies Einkommen von 3000 Mark besitzt. Durch die Ermäßigungen wird das Gesamteinkommen der Einkommensteuer etwa um ein Drittel verringert werden.